

Freiberger Anzeiger

und Tageblatt.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts zu Freiberg, sowie der Königl. Gerichtsämter und
der Stadtrathe zu Freiberg, Sayda und Brand.

N^o 96.

Mittwoch, den 29. April

1863.

Freiberg, den 29. April.

In Dresden fand am 26. April im Helbig'schen Saale unter Vorsitz des Hrn. Adv. Siegel wegen des, Mitte September hier bevorstehenden Congresses deutscher Volkswirthe eine Versammlung der dasigen Mitglieder der volkswirtschaftlichen Gesellschaft für Mitteldeutschland statt, und wurde zur Ausführung der an diese Gesellschaft sowie an den volkswirtschaftlichen Ortsverein ergangenen Aufforderungen der ständigen Deputation des Congresses (Vorsitzender Präsident Lette in Berlin) beschlossen, eine Deputation von 6 Mitgliedern zu wählen, welche im Verein mit den hierzu ermächtigten 6 Vorstehern des Ortsvereins den Localcomité berufen. Die Wahl erfolgte durch Acclamation und es besteht hiernach der Zwölfercomité, welcher am Mittwoch Abend im obern Helbig'schen Saale zusammentreten wird, die Annahme der abwesenden Herren (Oberbürgermeister Pfotenhauer und Fabrikant Reichardt in Döhlen) vorausgesetzt, aus nachstehenden Herren: Hofrath Ackerntann, Finanzprocurator und zweiter Vorsteher der Stadtverordneten, Brauh, Director der Association „Concordia“, Kaufmann Dindorf, Mitglied der Zweiten Kammer, Adv. Judeich, Red. Petermann, Oberbürgermeister Pfotenhauer, Fabrikant Reichardt in Döhlen, Dr. Krenzsch, Secretär der Handelskammer, Rechtsadvocat Schraps, Adv. Siegel, Chefredacteur der „Const. Ztg.“, Staatsbahninspector Taubert, Vorsitzender des Gewerbevereins, Kaufmann Walter. Zu den nächsten Aufgaben wird die Bezeichnung des Anmeldebureaus gehören, an das hier alle Meldungen, Anfragen zc. wegen des Congresses zu richten sind.

Meißen, 25. April. (M. Bl.) Vergangene Nacht kurz nach 12 Uhr brach bei dem Gutsherrn Taubenheim in Laubach Feuer aus, wobei infolge des Sturmes 5 Bauergüter gänzlich, von einem Bauergute Seitengebäude und Scheune, 4 Gartennahungswirtschaften und das Armenhaus niedergebrannt sind.

Am 25. April stürzte der Zimmermann Renner aus Oibersdorf, welcher mit Herstellung von Barrieren am sogenannten „Jungfernsprunge“ auf dem Berge Dybin, auf der nach dem Hochwalde zu gelegenen Seite, beschäftigt war, von da herab und fand infolge der dadurch erhaltenen Verletzungen kurze Zeit darauf seinen Tod.

Tagesgeschichte.

Der „Schlesischen Ztg.“ wird von Berlin gemeldet: „In Kopenhagen soll die Einberufung der Rekruten beschleunigt werden. Ebendasselbst ist das Gerücht verbreitet, daß eine Mobilmachung bevorstehe.“ Der „Breslauer Ztg.“ schreibt man aus Berlin: „Es ist uns die Nachricht zugekommen, daß es in Absicht sei, das pommerische und schlesische (2. und 6.) Armeecorps mobil zu machen.“ In den Berliner inspirirten Blättern findet sich dagegen von Obigem keine Andeutung.

Mainz, 21. April. Für die neuen Befestigungen auf der Südseite von Mainz sind in allen Instanzen der Bundesbehörden 3 Millionen Gulden bewilligt, vertheilt auf 3 Jahre. Die Befestigungen werden aus einem großen Centralort auf den Höhen von Hechtsheim und aus fünf theils vorliegenden, theils zur Seite liegenden detachirten Werken bestehen.

Wien, 26. April. Wie die „Generalecorrespondenz für Oesterreich“ vernimmt, ist die Entschliessung des Kaisers wegen Einberufung des siebenbürger Landtags bereits herabgelangt. Die Einberufung desselben nach Herrmannstadt steht für den 1. Juli bevor.

Stuttgart, 24. April. In unterrichteten Kreisen circulirt folgende wichtige Nachricht: Frankreich hat an die deutschen Re-

gerungen die offizielle Aufforderung gerichtet, sich an den Schritten Oesterreichs in Petersburg bezüglich der polnischen Angelegenheit zu betheiligen. Nach vorangegangener rascher Verständigung zwischen den einzelnen deutschen Regierungen ist man übereingekommen, die eventuell geeigneten Schritte dem Bunde vorzubehalten.

Koburg, 24. April. (C. Z.) Gestern sind hier die Abgeordneten der Apotheker-Vereine von Norddeutschland, Süddeutschland und Oesterreich zusammgetreten, um die Feststellung einer allgemeinen deutschen Pharmakopoe zu berathen.

Pforzheim, 23. April. (D. N. Z.) Nachdem den Mitgliedern des hiesigen Arbeiterbildungsvereins vier große Vorträge über die Lassalle'schen Vorschläge von verschiedenen Rednern gehalten und seine Broschüre genau durchgegangen worden war, von einem Redner, dem Vorsitzenden, namentlich in der Weise, daß er, auf die Verwirklichung solcher Ideen näher eingehend, den Arbeitern bewies, daß dadurch namentlich unzufriedenen Arbeitern durchaus nicht geholfen wäre, gaben in einer gestern abgehaltenen Hauptversammlung sämtliche Mitglieder einstimmig folgende Erklärung ab:

„Nach reiflicher Prüfung erkennen wir die von Ferdinand Lassalle in dem „Offenen Antwortschreiben“ an das Leipziger Centralcomité ausgesprochenen Ansichten und Vorschläge als irrtümlich und weisen dieselben allen Ernstes zurück, da ihre Verfolgung nicht nur dem Arbeiterstande, sondern auch dem ganzen Staatsleben nachtheilig und verderblich sein müßte. Wir beharren auf dem bisher mit Erfolg betretenen Wege, den Arbeiterstand durch Bildung zu heben und sein Loos durch Selbsthilfe zu verbessern, und darum vermögen wir die Mitglieder des Leipziger Centralcomité, welche durch Annahme der Lassalle'schen Vorschläge von diesem Wege abgewichen sind, nicht als die Vertreter des deutschen Arbeiterstandes anzuerkennen. Wir fordern sie daher auf zurückzutreten, da ihre ganze Handlungsweise nur geeignet ist, im Innern des Arbeiterstandes Zwiespalt herbeizuführen und von Außen Mißtrauen zu erwecken.“

Hannover, 25. April. Hannover hat am Bundestage sein Votum über die dänische Bekanntmachung vom 30. v. M. dahin abgegeben: Die getroffene Festsetzung des Verhältnisses der Herzogthümer in der Gesamtmonarchie ist durch die bezeichnete Bekanntmachung rechtsunverbindlich geworden. Dänemark ist daher aufzufordern, die getroffene Regulirung zurückzunehmen und binnen sechs Wochen anzuzeigen, daß die Bundesbeschlüsse von 1858 ausgeführt sind; zugleich ist Protest gegen die weitere Incorporirung Schleswigs zu erheben.

Kositz, 21. April. Das Gewitter, welches sich am politischen Horizont zusammenzieht, wirkt in den kleineren norddeutschen Staaten um so bedrückender, als der Schutz, den man in der preussischen Macht zu hoffen berechtigt ist, höchst wahrscheinlich nicht existirt, ja noch mehr, wir hier in Mecklenburg haben die allerbegründetste Furcht, durch die Conventionspolitik der preussischen Regierung sehr direct in die Beschelsfälle eines Kriegs hineingerissen zu werden, ohne die Macht der Gegenwehr zu besitzen. Streift man sich in den preussischen Ostprovinzen auf die Seichtigkeit der Meeresküste als auf die beste Sicherung gegen eine feindliche Landung, so mag es, bis eine genaue Peilung vorliegt, dahin gestellt bleiben, ob dieser Schutz wirklich existirt; wir an unserer Küste haben jedoch eine Stelle, die nicht allein unsere, sondern auch die Achillesferse von ganz Deutschland an der Ostseeküste genannt werden kann. Es ist eine Stelle, wo unmittelbar am Strande die Tiefe des Wassers 27 Fuß rheinl. beträgt und bei einer 30 bis 35 Fuß rheinl. tiefen Einfahrt einen Raum für eine ganze Kriegsflotte bietet. Bei der Anschiffung einer sehr bedeutenden Heeresabtheilung von etwa 30,000 Mann an dieser Stelle ist um so weniger gewagt, als die